

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 23

Ersteinmal Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Bestellung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin E. 59, Urbanstr. 631. Fernruf: Moripl. 6653.

Berlin, den 5. Juni 1921

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Kolonietzeile 3 Mark; für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Versammlungsanzeigen usw. 1 Mark. • • Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten • •

37. Jahrgang

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. **Einslieferung der Quartalsabrechnungen.** Trotz unserer wiederholt erfolgten dringenden Aufforderung um rechtzeitige Fertigstellung und Einsendung der Abrechnungen haben die Verwaltungen der Zahlstellen in Gera, Nordhausen, Iserlohn, Mülheim, Heidelberg, Birmafen, Saarlouis, Freiberg i. Sa., Glauchau und Straubing die Abrechnung für das längst abgeschlossene 1. Quartal noch nicht eingelefert. Wir richten an die Bevollmächtigten dieser Zahlstellen das dringende Ersuchen, dafür besorgt zu sein, daß die Abrechnung nun schnellstens eingelefert wird. Die Gau- und Bezirksleiter sind verpflichtet, auf die säumigen Zahlstellen ihres Bezirks einzuwirken, daß diese sofort ihren Verpflichtungen nachkommen.

2. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen nunmehr wöchentlich in

	Männl. Mitgl.	Weibl. Mitgl.
Neustadt a. H.	50 Pf.	30 Pf.
	Beitragsklasse	
	5	4 2 u. 3 1

Gau Württemberg

u. Baden Einzelmitglieder . . . 70 Pf. 60 Pf. 40 Pf. 30 Pf.

3. **Beichtsarten zur Arbeitslosenfallhilfe** sind von einigen Zahlstellen noch nicht eingelefert worden. Wir bitten dringend um sofortige Einsendung der Karte, selbst in dem Fall, daß keine Arbeitslosen oder Kurzarbeiter am Ort vorhanden sind.

Der Verbandsvorstand.

## Verhandlungen mit dem Deutschen Buchdruckerverein

über die Erneuerung des Lohnabkommens fanden am 24. Mai in Leipzig statt. Der Vorstand des DBV. hatte uns bereits bald nach Eingang unseres Kündigungsschreibens wissen lassen, daß er selbstverständlich bereit sei, wegen Abschlußes eines neuen Lohnabkommens mit uns zu verhandeln. Der Umstand, daß das Lohnabkommen mit den Api-Verbänden gekündigt war und deshalb auch dort Lohnverhandlungen geführt werden mußten, gab nun aber dem DBV. Veranlassung, die Verhandlungen mit uns von Woche zu Woche zu verzögern. Man wollte zweifellos im DBV. erst einmal Gewißheit haben über den Ausgang der Lohnverhandlungen in den Hauptzweigen der Buchbinderei. Weil nun aber doch dort, infolge des ergangenen und dann von den Api-Verbänden abgelehnten Schiedspruches die Verhandlungen auf einem nahezu toten Punkt angelangt waren, blieb dem DBV. nichts anderes mehr übrig, als die schon seit langem fälligen Verhandlungen mit uns aufzunehmen.

Bei Eintritt der Verhandlungen erhoben wir zunächst ganz energig Beschwerde über die durchaus ungerechtfertigte Verzögerung. Die Arbeitgeber erklärten daraufhin, daß ein Mißverständnis obgewaltet hätte. Man sei der Meinung gewesen, daß das Lohnabkommen vom 4. Februar noch zu Recht bestünde und daß die von uns geforderten Verhandlungen sich lediglich auf die bis zum 30. April vereinbarte Wirtschaftsbefehle beziehen sollten. Sie seien durchaus nicht gewillt, eine tariflose Zeit herbeizuführen, sie

müßten aber andererseits mit allem Nachdruck erklären, daß sie jetzt so kurz vor dem bereits festgelegten Termin der Hauptverhandlungen wegen Erneuerung des Reichstarifs für das deutsche Buchbindergewerbe unter keinen Umständen bereit seien, über neue Grundlöhne mit uns zu verhandeln. Auch die Fortsetzung der bis zum 30. April gültigen Wirtschaftsbefehle könnten sie im gegenwärtigen Augenblick mit uns nicht vereinbaren. Sie seien genötigt, Rücksicht auf das zu nehmen, was mit den Api-Verbänden abgeschlossen würde. Wenn ohne eine beiderseitige offizielle Vereinbarung ihre Ortsgruppen und Kreisvereinigungen mit unseren Mitgliedern eine Verständigung über die Weiterzahlung der bisher gültigen Wirtschaftsbefehls herbeiführen würden, dann sei das eine Sache für sich. Der DBV. würde das seinen Mitgliedern nicht verbieten, aber sie selbst befänden sich in einer Zwangslage. Sie erklärten weiter, wenn der gegen die Api-Verbände ergangene Schiedspruch verbindlich erklärt werde, sei auch für sie eine neue Situation geschaffen. Festlegen könnten sie sich zwar auch heute nicht, doch glaubten sie, daß dann eine Verständigung mit uns ohne größere Schwierigkeiten vielleicht sogar auf dem Wege der Korrespondenz gegeben sei.

Wir haben demgegenüber den Arbeitgebern erklärt, daß ihre Stellungnahme uns eine ganz unverständliche sei und daß durch diese ihre Haltung unseren Mitgliedern in den Buchdruckerarten ein schreiendes Unrecht zugefügt werde. Damit würden unsere Mitglieder den Buchdruckern gegenüber minderen Rechts erklärt. Wir haben den Arbeitgebern weiter gesagt, daß wir die derzeitigen Lohnsätze angeht die gewaltig hohen Lebenshaltungskosten für vollkommen unzureichend halten, daß es unsinnig sei, zu behaupten, die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel seien wesentlich billiger geworden und daß wir einen Unterschied in der Entlohnung zwischen Buchdruckern und Buchbindern unter gar keinen Umständen zulassen könnten. Wir haben mit großem Nachdruck in der allerbestimmtesten Weise schließlich die Erklärung abgegeben, daß wir unsere Zustimmung zur Verlängerung des Lohnabkommens ohne zum mindesten der bisherigen Wirtschaftsbefehle auf gar keinen Fall zu geben vermöchten. Alle unsere eingehenden und nachdrücklichen Reden, alle unsere unwiderlegbaren Einwendungen, alle unsere guten Gründe und Argumente haben leider nicht vermocht, die Arbeitgeber umzustimmen. Die Verhandlungen mußten deshalb in den Abendstunden ergebnislos abgebrochen werden. W.

## Die Ausfuhr von Roh- und Halb-etuis

hat in der letzten Zeit eine so merkliche Steigerung erfahren, daß eine wesentliche Einschränkung der Arbeitsgelegenheit in den für den Export arbeitenden Betrieben eintreten mußte. Der Reichsverband der Etuissindustrie — der frühere Verband der Etuissfabrikanten — hat sich darum in einer Eingabe an die Zentralstelle für Ausfuhrbewilligungen und an den Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen gewandt, um diese das Gesamtgewerbe empfindlich schädigende Ausfuhr von Roh- und Halb-etuis nach Möglichkeit zu unterbinden. In dieser Eingabe wird gesagt:

„Der deutschen Etuissindustrie, die bereits durch die Luxussteuer, durch die Außenhandelsabgaben, durch die Sanktionen und durch die allgemeine wirtschaftliche

Lage außerordentlich benachteiligt ist, droht eine weitere Schädigung dadurch, daß neuerdings Firmen, die Rohmaterialien bzw. eine Art Halbfabrikate herstellen, dazu übergehen, ihre Waren in großen Posten nach dem Ausland abzugeben.

Zur Erklärung müssen wir folgendes voraussetzen: Die von uns hergestellten Etuiss bestehen entweder aus Holz, mit Papier, Leder, Samt oder Seide, Baumwolle usw. ausgestattet, oder es sind Etuiss aus gefalteter bzw. gepreßter Pappe, außen und innen in der vorstehend geschilderten Ausführung. Um diese letzteren handelt es sich. Die Etuiss aus Pappe werden meist in sogenannten Etuisspressereien aus Pappe mittels hydraulischen Drucks hergestellt, und zwar der Deckel des Etuiss und der Boden des Etuiss getrennt.

In diesem Zustande liefern die sogenannten Etuisspressereien diese Rohfabrikate seit Jahrzehnten an die deutsche Etuissindustrie. Während nun die deutsche Etuissindustrie aus den eingangs geschilderten Gründen daniiederliegt, gehen die Etuisspressereien dazu über, diese Halbfabrikate mittels Scharnieranschlagmaschinen mit Scharnieren zu versehen und die so auf maschinellem Wege hergestellten rohen Pappetuis in großen Posten an die ausländische Etuissindustrie zu liefern, geschügt durch die neuerdings seitens verschiedener Länder außerordentlich erhöhten Einfuhrzölle.

Auf diese Weise wird auch dem deutschen Arbeiter angehts der Notlage der Etuissindustrie für das In- und Auslandsgehalt das Brot weggenommen und unsere deutsche Etuissindustrie ins Ausland verpflanzt.

Wir müssen gegen ein solches Vorgehen der Etuisspressereien ganz entschieden Verwahrung einlegen und bitten . . . dringend, im Interesse unserer auch infolge der Luxussteuer ohnehin schwer geschädigten Etuissindustrie, die heute mehr als je auf Export angewiesen ist, wenn sie ihre Leute voll beschäftigen soll, die Ausfuhr solcher Rohfabrikate zu verbieten, weil sonst, wir möchten leider sagen, die letzte Hoffnung auf einen Wiederaufbau der deutschen Etuissindustrie verlorengeht und weitere Arbeitslosigkeit unter unseren Arbeitern eintreten würde.

Schließlich kann es doch nicht im Sinne der Reichsbehörden liegen, daß die ausländische Konkurrenz einer früher sehr lebenskräftigen Industrie gestärkt wird dadurch, daß auf maschinellem Wege hergestellte deutsche Halb- bzw. Rohfabrikate auf den Auslandsmarkt geworfen werden zum Nachteil der heimischen Fertigungsindustrie, bei deren Fabrikationsgängen weniger Maschinenarbeit in Frage kommt, also ein verhältnismäßig großer Anteil an Handarbeitskraft — also an Arbeitslohn — der deutschen Wirtschaft verlorengehen würde.

Wir bitten . . . sofort eine Verfügung treffen zu wollen, die die Ausfuhr solcher Roh- bzw. Halbfabrikate verbietet. Wir stehen mit weiteren Auskünften über diese Angelegenheit zur Verfügung und bitten um baldige Antwort auf diese unsere Eingabe, damit wir unseren Mitgliedern, die beunruhigt sind, weil sie evtl. vor weiterer Stilllegung ihrer Betriebe stehen, mitteilen können, daß die Regierung im Interesse unserer Fertigungsindustrie unseren Vorstellungen Beachtung schenkt und für sofortige Abhilfe sorgt.“

Unsere Verbandsleitung hat diese Eingabe durch besonderes Schreiben an die eingangs genannten zwei Stellen unterstützt, sie wird auch weiterhin alles tun, um gegen solche offensichtlichen Ursachen der großen Arbeitslosigkeit anzutämpfen.

### Zum bevorstehenden neuen Tarifabschluss.

II.

Nun soll einmal untersucht werden, ob und wie weit die Lebenshaltung eines kinderlosen Ehepaares mit dem Existenzminimum übereinstimmt. Auch hierbei soll die letzte Zeit vor dem Kriege in Frage kommen: Beim Oberrenten hatten wir einen Wochenlohn von 27 Mk., beim Unterrenten einen solchen von 24 Mk. angenommen; das wäre im Mittel 25,50 Mk. Dem stand 1913 ein Existenzminimum von 22,30 Mk. gegenüber. Mühsam stand das Ehepaar günstiger als der Ledige, denn es hatte etwas mehr, als es notwendig zum Leben brauchte, während der Ledige ein Minus in seiner Lebenshaltung buchen mußte. Dies Ergebnis überrascht zunächst etwas. Die Ursache liegt darin, daß beim Ledigen die Lehrlöhre bzw. die ersten Arbeitsjahre überhaupt in Rechnung gestellt worden sind.

Hier ergibt sich nun die erste größere praktische Schwierigkeit, wenn man das neue Lohnsystem zur Einführung bringen will. Entweder entlohnt man den Lehrling, den jugendlichen Arbeiter und die jugendliche Arbeiterin so, daß sie das Existenzminimum erreichen, oder aber man entlohnt sie, bis sie voll leistungsfähig werden, überhaupt nicht, und überträgt sie auf den Lohnetat des Vaters. Beides gibt zu denken, ist aber momentan undurchführbar. Erhält der Lehrling genau so viel wie der Lauf- oder Arbeitsbursche, dann werden 90 Proz. aller jetzigen Lehrmeister keine Lehrlinge mehr nehmen, denn der Hauptgrund, die nahezu unbefristete Ausnutzung der Arbeitskraft, wäre nicht vorhanden, und soviel Interesse, beruflichen Nachwuchs auch ohne besonderen Vorteil heranzubilden, haben die wenigsten Groß- und Kleinmeister. Die Folge wäre also, daß der Staat oder die Arbeiterkraft (durch die Gewerkschaften) die Lehrlingsausbildung selbst in die Hand nehmen müßten. An sich wäre dies ja nur zu begrüßen, aber vorhanden sind die Verhältnisse dazu noch nicht reif, und die wirtschaftlichen Nachmittel nicht vorhanden.

Der Gefahr, daß infolge der Neuerung die Kinderreichen durch Bedrängung verdrängt werden könnten, will man durch Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Arbeitern bzw. durch Regelung der Unternehmer unter sich begegnen. Wer die Kapitalisten kennt, weiß, was dabei herauspringen wird. Besonders wird zu beachten sein, daß alljährlich hunderttausende der Schulenkassen auf den Arbeitsmarkt geworden werden. Deren Existenzminimum ist annähernd das gleiche wie das ihrer erwachsenen Konkurrenten, während ihre Arbeitsleistung zunächst nur ein geringes der Leistung der Älteren beträgt. Die Kapitalisten der einzelnen Industrien und Gewerbe würden sich die Vollarbeiter gegenseitig wegziehen und die Jugendlichen erst in letzter Linie beschäftigen. Auch hier müßte der Staat (die Gesellschaft) regelnd eingreifen (sozialisieren). Voraussetzung für das neue System ist also planmäßige Verteilung aller Arbeitskräfte; solange dies nicht geschieht, ist an eine gerechte Durchführung nicht zu denken.

Wollte man nun in anderen Fällen bis zur vollen Arbeitsleistung von der Entlohnung der Jugendlichen absehen, und dem Vater die Sorge für sie übertragen und ihn dementsprechend entlohnen, so würde man unter der kapitalistischen Gesellschaft zu keinem annehmbaren Resultat kommen. Wäre der Vater Schlosser und der Sohn Maurer, so müßte der Maschinenfabrikant dem Maurermeister einen Lehrling ernähren und unterhalten. Schließlich hätte dann, um beim Beispiel zu bleiben, der Maurer wieder einen Sohn als Schlosserlehrling, und dessen Unterhaltung besorgte der Maschinenfabrikant. In der Praxis des Kapitals heißt es jedoch: Auge um Auge, Zahn um Zahn, und eine Kasse, zu welcher jeder Unternehmer anteilig beiträgt und aus welcher jeder Vater eines jugendlichen Arbeiters den entfallenden Lohnanteil erhält, ist als private Einrichtung nur im Rahmen eines Gewerbes oder Industriezweiges denkbar, sie kann bei den widerstreitenden Interessen der Beteiligten kaum für sämtliche Arbeitgeber irgendeines Staates oder Wirtschaftsgebietes in Frage kommen. Auch hier müßte der Staat wieder helfend eingreifen.

Die Entlohnung nach dem Familienstande würde einen weiteren großen sozio-wirtschaftlichen Nachteil (im kapitalistischen Sinne) haben, wenn sie allgemein durchgeführt würde. Bisher wurde ein großer Teil der verheirateten Frauen gezwungen, zur Arbeit zu gehen, da der Mann die Unterhaltskosten der Familie nicht allein tragen konnte. Sobald der Mann mit seinem Verdienst derart gestellt wird, daß er sich mit dem Seinigen ohne Berufarbeit der Frau auskömmlich über Wasser halten kann, wird die bis dahin erwerbsfähige Frau sofort von der Arbeit fernbleiben und sich ausschließlich ihrer Familie widmen. Diese Folge wäre nur zu begrüßen. Es steht aber zu befürchten, daß die Unternehmer jener Gewerbezweige, welche zum großen Teile auf Frauenarbeit angewiesen

sind, der Neuerung Widerstand entgegenstellen würden, denn die Entlohnung nach dem Familienstande hat für sie zunächst keinen sichtbaren Vorteil, während die Verdrängung der Frauenarbeit durch die Männer für sie teuer würde und weniger Profit (Reinertrag) brächte. Die Abwanderung der Frauen wäre ganz beträchtlich, da wohl gut 20 Proz. aller Arbeiterinnen verheiratet sind.

Eine derartige Änderung des Lohnsystems müßte ohne weiteres eine Veränderung der ganzen Renten-gesetzgebung zur Folge haben, wenn eben die Entlohnung den Ansprüchen der Lebenshaltung angepaßt werden sollte, und für die Unternehmer nicht etwa Hintergedanken und andere Gründe maßgebend sind. Der Rentenempfänger, gleich ob Kriegsveteran, Unfallrentner oder Kriegerverwundeter, würde zunächst abgesehen vom Familienstande, besser gestellt sein als der gesunde Vollarbeiter, wenn er die Rente weiterbekäme; oder aber es würde die Rente weiterlaufen und ein dementsprechend niedrigerer Lohn gezahlt werden. Bei jeder anderen Regelung würde das Prinzip durchbrochen, nach welchem jeder sozial erhalten soll, als er zum Leben braucht. (Mit dem stillschweigenden Zusatz: nicht weniger, aber auch nicht mehr.) Des weiteren erkennt die sozialistische ledige Arbeiterkraft niemand das Recht zu, zu sagen: Du als Lediger hast auf Grund der gleichen Entlohnung eine bessere Lebenshaltung als dein verheirateter Kollege, und dieser wird nun mehr erhalten als du, während auf der anderen Seite Faulenzen und Ausbeuter ein üppiges Eselsummerdasein führen. Wenn und solange deren Einkommen und damit ihre Lebenshaltung nicht auf ein vernünftiges Durchschnittsmaß herabgedrückt wird, lassen wir uns nicht gefallen, daß auf Kosten der Ledigen die Gesamtlage der Arbeiterkraft geboben wird. Diese Besserung muß und kann nur durch Einschränkung der bestehenden Klassen geschehen.

Einmüßig müßte auch jeder, der neben seiner Arbeitskraft andere Erwerbsquellen hat und durch Kapital, Grundbesitz oder dergleichen sein Einkommen erhöhen kann, weniger Lohn bekommen als der Besitzlose, denn er kann sich durch seine stärkere wirtschaftliche Kraft seine Lebenshaltung mehr oder weniger verbessern. Denn will man wirklich den angegebenen Zweck erreichen, so darf es nicht heißen, die Ledigen und die Verheirateten, sondern hier Besitzlose und da Besizende. Der Arbeitgeber als solcher hat kein Recht, sich in die persönlichen familiären Angelegenheiten der Arbeiter zu mengen, während der Arbeiter als Staatsbürger und Mensch ganz gut verlangen kann, daß jeder Erdenbürger mindestens das Lebensnotwendige erhält, und solange das nicht geschieht, ist jeder, der mehr von den Kulturwerten für sich in Anspruch nimmt, ein Verbrecher an der Menschheit.

Schiebt man den Satz: gleiche Leistung, gleicher Lohn, beiseite und sagt nun: gleiche Leistung, gleiche Lebenshaltung, und gibt trotz allem vorhin Gesagten zu, der Ledige habe bisher ein besseres Leben als der Verheiratete führen können, so bedeutete das eine große Ungerechtigkeit gegen alle, welche jetzt ledig sind oder welche in Zukunft vom Kind zum Erwachsenen den Stand der Ledigen noch passieren müssen. Denn die jetzt schon Verheirateten haben die vermeintlichen oder wirklichen Vorteile der Ledigen schon genossen, während die anderen Generationen darauf verzichten sollen. Außerdem soll man, da es im Augenblick nicht allen zuteil werden kann, wenigstens der Jugend (den Ledigen) das Leben so genussreich und angenehm gestalten, als es eben möglich ist, und den paar Aufsehern, welche über die Jugendzeit hinaus ledig bleiben, muß man schon auf andere Art bezugnehmen verfahren, damit deren Lebenshaltung nicht gar zu ungünstig von der Allgemeinheit abweicht, sofern das Ledigbleiben ein freiwilliges ist und man die Ehe in der heutigen Form zur Pflicht machen will.

Die Frage der Kinderzulagen soll hier nicht erörtert werden, wie auch keine Vorschläge über irgendein anderes Entlohnungssystem gemacht werden sollen. Der Zweck war, nachzuweisen, daß unter der kapitalistischen Gesellschaftsform die Ledigen nicht anders als die Verheirateten entlohnt werden dürfen, und daß erst der Unterschied zwischen den Klassen, der Unterschied zwischen Lebenshaltung des Tagelöhners und Lebenshaltung des Multimillionärs abge schafft sein muß. Denn wenn es nur eine Klasse, nur Beamte und Arbeiter (im weitesten Sinne) geben wird, dann erst wird das Verhältnis des Arbeiters zur Arbeiterin, des Verheirateten zum Ledigen neu geregelt werden, und hemmungslos geregelt werden, denn an Stelle der heutigen egoisten stehen dann Idealisten und Sozialisten.

### Diebstahl am Reichstafel.

Wenige Wochen trennen uns von den Verhandlungen zur Erneuerung des Reichstafels im Buchbinder-gewerbe. Mag man zum Reichstafel stehen wie man will, er bildet eine Art verkörperter Solidarität in unserem Berufsleben. Wenn es auch

Gruppen innerhalb unserer Organisation gibt, die durch den Reichstafel in ihrem Vormarschstreben wenigstens zeitweise zurückgehalten wurden, so gibt es doch auch einen großen Teil von Kolleginnen und Kollegen, die durch den Reichstafel in etwas kürzerer Zeit, als es wohl sonst möglich gewesen wäre, auf einen etwas besseren Lohn gekommen sind.

Nachdem nun auch die Buchbinder und Buchbinderarbeiterrinnen in den Buchdruckerien durch den Zusatzvertrag mit den Rahmen des Reichstafels einbezogen wurden, so fehlt fast nur noch eine Gruppe unseres Verbandes, die außerhalb der breiten Straße auf trümmigen Wegen sich abmühen muß, wenigstens einigermaßen zu ihrem Recht zu kommen. Es ist dies die Kollegenschaft in den Stein-druckerien, lithographischen Kunstanstalten, Bildhauer- und Spielesfabriken. Eine Gruppe, die z. B. in Nürnberg-Fürth die größte am Ort ist. Es berührt immer eigenartig, wenn der Verbandsvertreter zu den zentralen Verhandlungen fährt, dann zurückkommt und erklären muß: Alles dieses, was wir dort geschaffen haben, gilt so nur für einen kleinen Bruchteil der Mitglieder am Ort, das Gros muß zusehen, was in örtlichen Verhandlungen herausgeschlagen wird. Und bei diesem örtlichen Herausgeschlagen bleiben die Kollegen und Kolleginnen meist im Hintertreffen gegenüber den reichstafelischen Abmachungen.

Es soll hier nicht in Abrede gestellt werden, daß die zentralen Vereinbarungen fördernd auf die örtlichen Verhandlungen einwirken. Was aber diese auf der einen Seite Gutes schaffen, wird wieder durch die getrennten örtlichen Abmachungen der in Frage kommenden Konkurrenzorte ausgeglichen. Wir Nürnberg-Fürther haben es bei den Verhandlungen mit unserer Arbeitgebergruppe schon oft bitter empfinden müssen. Sind doch örtliche Abmachungen von Zahlstellen, die an Mitgliedern weit über uns hinausragen, und die infolge ihres Großstadt-Choralters in der Lebenshaltung weit teurer eingeschätzt wurden als wir, bei den Verhandlungen uns sehr oft hinderlich gewesen. Nun darf aber nicht die Meinung aufkommen, daß man hier in der Frage der Angleichung dieser Gruppe unserer Berufsangehörigen an den Reichstafel alle fünf gerade sein läßt. Im Gegenteil; in vielen Verhandlungen, die wir mit dem Verbandsrat der papierverarbeitenden Industrie Nordbayerns führten, wurde die Forderung des Anschlusses an den Reichstafel verfochten. Aber man erhielt immer nur die gleiche Antwort: Solange nicht die Konkurrenzorte sich willens zeigen, einen Anschluß zu bewerkstelligen, ist es auch uns nicht möglich, dies zu tun! Wohl haben die Unternehmer — und es waren mit die einflussreichsten — erklärt, sie stehen einem Reichstafel in unserer Industrie (im-partial) gegenüber. Die Herren haben auch erklärt, und sogar, was anerkannt werden muß, diese Erklärung in die Tat umgesetzt, daß sie versuchen werden, auf ihrer Seite den Weg zu ebnen. Andererseits haben sie uns aber nicht im unklaren gelassen, daß der Löwenanteil der Arbeit zur Bewerkstelligung eines Reichstafels uns Arbeitern zufallen wird. Von unserer Seite wurde zuerst in einer Sitzung, in der der Verbandsvorsitzand vertreten war, auf diese Angelegenheit hingewiesen. Dabei wurde der Vorschlag gemacht, in einer Reichstafelkonferenz der in Spiele- und Bildhauerfabriken, Kunstanstalten usw. beschäftigten Buchbinder und Buchbinderarbeiterrinnen den Weg zu einem einheitlichen Vorgehen zu suchen, daß auch diese Gruppe dem Reichstafel angegliedert werden kann, so daß die einzelnen Zahlstellen sich nicht immer mit ihren örtlichen Abmachungen gegenseitig hinderlich im Wege stehen. Dabei wurde erklärt, daß der Verbandsvorsitzand einer derartigen Konferenz wohlwollend gegenüberstehen dürfte und diese gegebenenfalls finanzieren würde. Die Vorarbeiten müßten allerdings von der Zahlstelle Nürnberg-Fürth gemacht werden, da diese die maßgebendste in der Gruppe sein dürfte. Unsere Verwaltung hat sich nun auch an die Arbeit gemacht, um Unterlagen zu einer solchen Konferenz zu schaffen. Fragebogen sind im Herbst an die in Frage kommenden Zahlstellen versandt worden. Und das Resultat? Der Einlauf der ausgefüllten Fragebogen war so spärlich und mangelhaft, daß sich die Verwaltung unserer Zahlstelle vorerst nicht in die Lage versetzt hat, energische Schritte zu unternehmen, um den Gedanken des Anschlusses dieser Gruppe unseres Verbandes an den Reichstafel in die Tat umzusetzen. Und so stehen wir vor der Tatsache, daß zwar Tausende von Verbandskollegen und -kolleginnen die neuen zentralen Verhandlungen mit großem Interesse verfolgen, aber mit tief-tinderlichen, bitteren Gefühlen beiseite stehen müssen. Wie lange dieses Beiseitestehen noch dauern soll, wird eine Frage sein, die nur gelöst werden kann, wenn sich die Mitglieder dieser Gruppe lebhafter als bisher dafür einsetzen, daß auch sie Anteil an der Entwicklung unseres Verbandes haben müssen.

Nürnberg.

S. 5.

### Zur Frage der Familienzulagen

äußert sich in Nr. 18 des „Korrespondenzblattes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ der Bundesvorsitzende Theodor Leipart. Ueber diese Frage, die eine Gewerkschaftsangelegenheit im wahren Sinne des Wortes ist, in der Arbeiterpreise bisher noch wenig geschrieben worden, um so mehr aber in den Blättern, die dem Unternehmeramt nahestehen, und da durchweg in dem Sinne, daß der ledige Arbeiter unmöglich ebensoviel verdienen dürfe wie der verheiratete. Man hat auch schon die Einführung einer Art Versicherung befürwortet, die es dem Unternehmer erleichtern soll, die Lohnzuschläge für Familienväter zu tragen. Der Hintergedanke bei der ganzen Sache ist der, daß der angestrebte Lohnabbau zunächst bei den Unverheirateten anfangen sollte. Leipart erwiderte auf Ausführungen des bekannten Landgerichtsrats Kulemann, der einen Streitfall behandelt, bei dessen Entscheidung durch den Schlichtungsausschuß die Arbeitervertreter sich für Bemessung des Lohnes nach der Leistung, die Arbeitgebervertreter für Bemessung nach dem Familienstand erklärt haben. Leipart legt ein Wort für die ledigen Arbeiter ein und verweist darauf, daß der Ledige manche Bedürfnisse und Pflichten hat, die für den Verheirateten zum wenigsten doch nicht mehr in gleichem Maße in Frage kommen. Als solche führt er die Pflicht zur Weiterbildung an. Auch die Teilnahme an Turn- und Sportvereinen sei berechtigt. Der junge Arbeiter soll auch seine Jugend genießen und sodann doch wenigstens die Gelegenheit haben, Ersparnisse machen zu können, damit er, wenn er später eine Familie gründet, sich den jetzt so überaus kostspieligen Hausstand anschaffen kann. Wie solle ferner die „soziale Entlohnung“ durchgeführt werden? Man denke anscheinend immer an die Lohnarbeiter, aber nicht an die Akkordarbeiter. Sollte auch der Stücklohn ungleich festgesetzt werden?

Leipart empfiehlt einen einfacheren Weg. Man solle den Familienväter bei den Steuern in höherem Maße berücksichtigen als bisher. Ferner solle man ihm alle nur denkbaren Vergünstigungen gewähren, deren Kosten von der Gehaltstabelle des Volkes abgebracht werden (freien Schulunterricht, Schulspesung, freie Fahrt zur Schule, unentgeltliche Körperpflege, in gewissem Umfang vielleicht auch Schuhe und Kleider). Man liefere für die Säuglinge unentgeltliche oder verbilligte Milch, ferner einen Erziehungsbeitrag für jedes Kind, den schulentastigen Kindern eine kostenfreie Lehrstelle oder einen Zuschuß zu den Kosten der Berufsausbildung. Der Anfang auf diesem Wege ist schon längst gemacht worden, man möge den Weg nur ernsthaft weitergehen. Man stelle auf diese Weise den Familienväter günstiger als den Ledigen, lasse aber die Frage des Entlohnungssystems aus dem Spiele.

### Internationales.

#### Lebenshaltung und Löhne in Wien.

Ein Bild geradezu erschütternden Elends bieten die Untersuchungen der Statistischen Zentralkommission Wiens über die Wiener Ernährungs- und Lohnverhältnisse, die sie vor kurzem in einer Abhandlung über den vierwöchigen Ernährungsaufwand in den Monaten Januar und Februar mit einer Zusammenstellung der Arbeiterlöhne veröffentlichte.

Eine Gegenüberstellung der Löhne mit dem zum Lebensunterhalt notwendigen Existenzminimum ergibt nämlich, daß die Mehrzahl der Wiener Arbeiterschaft kaum die Hälfte des Existenzminimums verdient. Der bekannte Wirtschaftsstatistiker Dr. Kuczynski, der auf Grund von von der Statistischen Zentralkommission Wiens veröffentlichten Untersuchungen die Ernährungskosten für eine vierköpfige Wiener Familie nach denselben Grundsätzen berechnete, wie er sie seit längerer Zeit beim Berliner Existenzminimum anwendet, kommt daraufhin zu dem Ergebnis, daß das wöchentliche Ernährungsminimum im März 1921 in Wien 1225,07 Kr. betrug, während man dieselben Lebensmittel in Berlin für 137,43 Mk. kaufen konnte. Greift man nach einem Vergleich mit der Vorkriegszeit zurück, so ergibt sich, daß man im Juli 1914 die gleichen Lebensmittel in Wien für 13 1/2 Kr., in Berlin für 10 Mk. haben konnte. Die Ernährungskosten sind also seit Kriegsbeginn in Wien auf das 90fache, dagegen in Berlin „nur“ auf das 14fache gestiegen.

Die Steigerung der rationierten Lebensmittel in Wien ergibt allerdings „nur“ eine Steigerung auf das 40fache. Doch sind die rationierten Lebensmittel so knapp bemessen, daß der erheblich größere Teil der notwendigsten Nahrungsmittel noch im freien Handel bzw. Schleichhandel hinzugekauft werden muß. Dieser weist aber im Durchschnitt eine 120fache Steigerung auf. Beson-

ders ungeheuer ist die Steigerung bei Eiern, die das 200fache des Friedenspreises kosten, und Kondensmilch, welche sogar auf das 233fache im Preise gestiegen ist.

Noch höher als die durchschnittlichen Schleichhandelspreise für Lebensmittel war die Preissteigerung für Bekleidung. Hier ergab sich eine Verteuerung auf das 150fache. Heizung und Beleuchtung war auf das 50fache gestiegen; dagegen sind die Wohnungsmieten nur etwa doppelt so hoch wie vor dem Kriege.

Während so die Kosten des Existenzminimums vom Juli 1914 bis März 1921 auf reichlich das 80fache gestiegen sind, ist der tarifliche Wochenlohn in 11 von den 24 zur Untersuchung herangezogenen Berufsarten nur auf das 21—37fache und in 12 weiteren Berufsgruppen auf das 41—50fache gestiegen, während nur in dem einen Höchstfall die Hilfsarbeiter des Metallgewerbes das 62fache des Friedenslohnes erreichten, damit aber noch immer weit hinter der 80fachen Lebensunterhaltssteigerung zurückbleiben. Die niedrigste Lohnveränderung mit dem 21fachen der Friedenssätze hatten die Buchdrucker und Fassader zu verzeichnen. Die Buchbinder wiesen mit einem arifmätischen Wochenlohn von 1140 Kr. eine 42fache Steigerung ihrer Löhne auf, verdienen damit also auch nur erst die Hälfte des Existenzminimums. Inzwischen sind ja die Löhne erheblich erhöht worden, doch sind auch die Kosten der Lebenshaltung weiter gewaltig gestiegen. mk.

### Berichte.

**Sau Hansa.** In Wismar kam mit der Papierwarenfabrik von A. Wulfram Nachfolger ein neues Lohnabkommen mit Gültigkeit bis zum 1. September dieses Jahres zum Abschluß. Die wesentlichsten Abmachungen sind: Die Arbeiter erhalten dieselbe Wirtschaftsbeihilfe wie die Buchdruckergehilfen. Die Arbeiterinnen erhalten auf die Stundenlöhne einen Zuschlag von 15 Pfennig für die Stunde. Feiertage werden bezahlt. Die Akkordarbeiten werden neu geregelt. Es wird bezahlt für Bodenbeutel 4 und 1/2 Pfd., gefüllt, pro 1000 Stück 20 Mt.; für 1-Pfund-Beutel 23 Mt., Faltenbeutel 27 Mt.; Falttschachtel 6 Mt.; Summieren mit der Hand 140 Mt., mit der Maschine 65 Pf. Ferien erhalten die Arbeiter entsprechend dem Buchdrucker-tarif, die Arbeiterinnen im ersten Jahre 4 Tage, dann steigend jedes Jahr um einen Tag bis zu 10 Tagen. Angeübte Arbeiterinnen werden nach den Sätzen des Buchbinder-tarifs entlohnt.

In Oldenburg haben die Buchdrucker- besitzer sich nunmehr bereiterklärt, den Reichstarif in den Betrieben einzuführen.

In Hamburg-Altona fanden mit den Steindrucker-Verbandsmitgliedern wegen Lohn-erhöhungen statt, in denen eine Einigung zustande- kam. Es erhalten die Buchbindergehilfen dieselbe Wirtschafts- zulage wie die Steindrucker, bis zu 24 Jahren pro Woche 10 Mt. und über 24 Jahre pro Woche 15 Mt. Die Arbeiterinnen erhalten von vor- stehenden Sätzen 85 Proz. und zwar bis 24 Jahre alt 6,50 Mt. und über 24 Jahre alt 10 Mt. für die Woche. Das Abkommen gilt ab 1. Juni zunächst auf drei Monate.

In den Buchdruckereien wird den Buchbinder- personalen die bisher gezahlte Wirtschaftsbeihilfe weiter bezahlt.

**Hamburg-Altona.** In einer aufgeschwungenen Ver- sammlung der in der Kartonnagenindustrie be- schäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen am 26. Mai sprach Frau Knupper über „Die Notwendigkeit der ge- werkschaftlichen Organisation für die Arbeiterinnen“. Die Referentin verstand es, in leicht verständlicher Weise den Arbeiterinnen vor Augen zu führen, daß sie nur die billigen und willigen Ausbeutungsobjekte des Kapitals sind. Ausgehend von der Fron- und Hauswirtschaft schilderte sie den Entwicklungsgang der Technik und des Kapitals. Die Frauen sind im heutigen Erwerbsleben eine nicht zu unterschätzende Konkurrentin der männlichen Arbeitskraft geworden. Bei allen Lohnverhandlungen ist man auf Unter- nehmerseite eher bereit, den Männern Lohnerhöhungen zu geben, aber nur sehr schwer und gar oft nur nach langen und ansehnlichen Verhandlungen kommen für die am schlechtesten Entlohn- ten, die Arbeiterinnen, einige Pfennige Lohnerhö- hungen heraus. Es müssen daher die Frauen und jungen Mädchen sich noch viel mehr um die Gewerkschaften kümmern, haben doch alle Vor- teile, die im Tarifvertrag liegen, die Arbeiter- innen den Gewerkschaften zu danken. Es ließe sich noch viel mehr für die Frauen tun, wenn alle Arbeiterinnen sich mehr um ihren Verband kümmern würden, wenn sie dafür sorgen würden, daß sich in den Betrieben keine Unorganisierten halten könnten,

und wenn die Kolleginnen sich zur fleißigen Mit- arbeit der Verbandleitung zur Verfügung stellen würden. Die Referentin wies darauf hin, daß den Gewerkschaften in der Wahrnehmung der Interessen der Frauen noch große Aufgaben zur Lösung bevor- stehen, so u. a. ein besserer Arbeiterschutz, Nicht- beschäftigung an gefährlichen Maschinen, Beschäfti- gung mit Arbeit, die der körperlichen Konstitution der Frau zuträglich ist, daher eine schärfere Ab- grenzung der Frauen- und Männerarbeit usw.; weiter Ausbau der Gewerkschaften zu einem wirk- lichen Hort und Schutz der Arbeiterschaft, und nicht Zerlegung, wie es von den Feinden der Arbeiter in einer politischen Partei betrieben wird; parteipolitische Neutralität der Gewerkschaft. Nur dann wird es weiter möglich sein, auch für die Frauen die hohen gewerkschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. Reicher Bei- fall lohnte die Rednerin für ihre vortrefflichen Aus- führungen.

Hierauf sprach Küster über den Reichstarif. Er forderte die Akkordarbeiterinnen auf, die für die ein- zelnen Arbeiten gezahlten Preise der Verwaltung mitzuteilen, da wir nur dann in der Lage sind, die vielfach bei uns eingehenden Klagen der unzufriedenen Entlohnung nachprüfen zu können. Von einem Ab- schluß mit den Zigarettenfabrikanten, die Kartonnagen- arbeiter und -arbeiterinnen beschäftigen, wonach die Löhne der Zuschneider von 270 auf 300 Mt. für die Woche und für Zeitlohnarbeiterinnen um 20 bis 30 Mt. für die Woche erhöht wurden und auf die Akkordpreise 10 Proz. gezahlt wurden, wurde Kenntnis genommen. Die Einstellungslohne sind entsprechend den Löhnen des Tabakarbeiter-tarifs. In der Diskussion wurde lebhaft von einigen Arbeiterin- nen geklagt, daß es in vielen Fabriken nicht möglich ist, weder die tariflichen Zeitzöhne, noch den 15-pro- zentigen Mehrverdienst im Akkord zu verdienen. Damit soll sich das Tarifamt einmal beschäftigen. Frau Knupper forderte die Arbeiterinnen auf, besser zusammenzuhalten, denn dann kann es nicht vor- kommen, daß die Akkordpreise herabgesetzt werden. Sie schlug vor, eine Kommission zu wählen, die sich aus je einer Delegierten aus jedem Betriebe zu- sammensetzt und die Berufsinteressen der weiblichen Mitgliebet zu wahren habe. Hierauf wurde die Branchenkommission neu gewählt und beschlossen, eine weibliche Kommission in nächster Versammlung zu wählen.

**Lübeck.** Die Zahlstelle hatte sämtliche graphischen Berufsangehörigen zu einer öffentlichen Versammlung am 19. Mai eingeladen. Kollege Hein-Hamburg hielt einen Vortrag über den graphischen Industrieverband. Er schilderte die Entstehung und das Aufblühen der graphischen Verbände und führte die Gründe an, die die Schaffung des graphischen Industrieverbandes ge- bieten. Durch den Zusammenschluß sind wir in der Lage, einen größeren Druck auf die Arbeitgeber aus- zuüben, die Geschäftsführung zu vereinfachen und da- durch Gelder für einen Kampffonds zu sammeln. Bei- der sind aber vielerlei Widerstände zu überwinden. Die Verschiedenartigkeit der einzelnen Tarife, die Be- trägt und Unterstellungen, die große Anzahl weib- licher Mitglieder in manchen graphischen Verbänden bilden große Hindernisse der Bewirklichung des Zu- sammenschlusses. Einen Schritt vorwärts auf diesem Wege bedeutet die Gründung des „Graphischen Bun- des“ und der graphischen Ortsstellen, ebenso die An- stellung eines Sekretärs, der Vorschläge und Unter- lagen bearbeiten soll.

In der Aussprache stimmten sämtliche Redner, mit Ausnahme eines jugendlichen Buchdrucker-genossen, der sich als Anhänger des „Graphischen Blocks“ be- kannte, dem Referenten zu. Die Versammlung nahm sodann die Kieler Resolution gegen eine Stimme an, die in Nr. 11 der „Buchbinder-Zeitung“ wieder- gegeben ist.

Leider war die Versammlung sehr schwach besucht. Ein großer Teil der graphischen Berufsangehörigen widmet seine Zeit lieber dem Privatvergnügen, statt solche wichtige Versammlung zu besuchen.

**Mannheim.** Am 8. Mai fand hier eine öffent- liche Versammlung statt, in der Kollege Dürr-Lahr über „Die wirtschaftliche Lage in der Papierindustrie, und wie wahr der Verband der Buchbinder die Interessen seiner Mitglieder“, referierte. Kollege Amann mahnte in Anbetracht der Lage die Kollegen und Kolleginnen, sich mit mehr Interesse dem Ver- bande zu widmen. Er wies darauf hin, daß es nur zwei Möglichkeiten gäbe, daß die Arbeiterschaft durch ein geschlossenes Vorgehen in der Lage wäre, wenigstens die Erfolge, wenn sie auch wenige sind, die uns durch die Revolution gebracht wurden, mit aller Energie zu verteidigen. Was heute nützt, ist, die soziale Lage so zu gestalten, daß jeder Kollege und jede Kollegin in der Lage sei, ein menschliches Dasein zu genießen; oder die Arbeiterschaft müßte, wo heute schon allenthalben Anzeichen darauf hin- deuten, eifrig zugrunde gehen. Hierauf gab Dürr in fünfpiertelstündigen Ausführungen ein gutverständ- liches Bild unserer Wirtschaftslage. Die Diskussion

war eine recht spärliche. Nur Kollege Amann ver suchte, die Ausführungen Dirrs etwas von seinem Gesichtspunkte aus zu betrachten. Die Einstellung der Produktion nach dem Bedarf kann nach seiner Ansicht auf dem Wege, wie wir ihn heute gehen, nicht erzielt werden. Er streifte das Betriebsrätege setz sowie die Sozialisierung; er ist der Meinung, daß durch das Parlament diese Sozialgesetzgebung niemals erreicht, sondern mit Gewalt die Einführung herbeigeführt werden muß. In seinem Schlußwort versuchte Dirr die Ausführungen des Kollegen Amann zurückzuweisen.

Kollegen und Kolleginnen! Durch eure Interessenlosigkeit stärkt ihr die Reaktion und verlaßt die Kollegen, die heute noch alle Arbeit für euch ver richten. Das darf nicht so bleiben. Jeder muß sich als Arbeiter fühlen und betätigen. Deshalb wacht auf und zeigt, daß ihr noch am Leben seid und für eure Interessen eintreten wollt!

Osterried. Auf eine Anregung der Kollegen und Kolleginnen war der Vorliegende Wante beauftragt worden, sich mit dem Gauleiter v. d. Reith in Verbindung zu setzen, damit dieser hier einen Vortrag über Lohn- und Tariffragen zur Aufklärung der Mit glieder halte. Am 20. Mai fand denn auch die Ver sammlung statt. Der Vorliegende mußte es aufs schärfste rügen, daß zu dieser wichtigen Versammlung wieder einige Kollegen fehlten und gerade junge Leute. v. d. Reith hielt jedoch einen sehr lehrreichen und fesselnden Vortrag über die allgemeinen Tarif verhandlungen, der von den Anwesenden mit Bei fall aufgenommen wurde. Sodann gab v. d. Reith Verhaltensmaßregeln gegenüber zwei hier am Orte befindlichen Kollegen, die in letzter Zeit aus dem Verband ausgetreten sind. Zum Schluß erläuterte er noch den neuen Gau und die Leitung desselben. Auf Anregung des Kollegen Heilmann wurde von der Versammlung die schärfste Kritik gegen die Wühl arbeiten der Berliner Moskowiter geübt. Nicht Zer wühlung, sondern Einigung müsse unsere Parole sein. Wante mahnte die Anwesenden, die fehlenden Kol legen aufzurütteln, damit wir wieder als ein ge schlossenes Ganzes dastehen.

**Rundschau.**

**Lebensmittelversorgung.** Seit Jahr und Tag drückt eine schwere Nahrungsnot die Arbeiterschaft nieder. Der hart fronende Arbeiter, seine Frau, die mit ihrem Blut den Nachwuchs zum Leben erweckt und im Haushalt von früh bis spät sich abmüht, seine Kinder, deren zarter, schwächlicher Körper sich kräftigen soll, sie alle leiden unter unzureichender Nahrung. Kein Wunder, daß Unterernährung und Blutmangel, Nervenschwäche und vor allem die Schwindsucht sich immer mehr ausbreiten! Vom Ausland können wir infolge unserer gänzlich zer rüttelten Finanzen Lebensmittel nur in beschränkter Menge einführen, im Inland aber halten die Land wirt in immer größerem Umfange die ablieferungs pflichtigen Erzeugnisse zurück, die sie veräußern ober zu einem für den Arbeiter unerträglichen Preise in den Schleichhandel bringen. Daneben werden noch riesige Mengen wertvoller Nahrungsmittel durch Vergärung in Brauereien und Brennerien der Volksernährung entzogen. Auf diese in der Zeit drückendsten Nahrungsmangels gewiß unverantwort liche Vergewand von Gerste, Kartoffeln, Zucker, Obst usw. weist der Arbeiter-Abstinenz-Bund in seinem neuesten Flugblatt hin. Man habe im Wirt schaftsjahr 1920/21 u. a. für die Brauereien 9 1/2 Millionen Zentner Gerste genehmigt, d. h. für Bier 4mal soviel Gerste als für Graupen, 24mal soviel als für Kindermehl, 100mal soviel als für Malzextrakt. „Sollen die darbenenden Volksmassen sich mit weniger Brot und Nahrungsmitteln begnügen, sollen eure eigenen Kinder und Frauen Grütze, Graupen, Floeden, Zwieback, Malzextrakt entbehren, damit Bier gebraut werden kann?“ Die Arbeiter organisationen müßten sich dafür einsetzen, daß alle Lebensmittel restlos der Ernährung des Volkes zugute kommen, und kein Arbeiter dürfe die schänd liche Mißwirtschaft durch sein Trinken weiter fördern. Zweifellos verdient die im Flugblatt behandelte Frage die größte Beachtung der gesamten Arbeiter schaft.

**Kampfanlage der Unternehmer gegen den Achtfundentag.** Der Verband sächsischer Industrieller hielt in Dresden seine Hauptversammlung ab. Einem Bericht über diese Tagung sei das folgende ent nommen:

Durch das Ultimatum ist nun wieder eine sozialistische Regierung ans Ruder gekommen. Die ganze deutsche Industrie ist in großer Belorgnis, daß durch den neuen Wirtschaftsminister Schmidt alles das wieder vernichtet wird, was die Koalitionsregierung mit großer Mühe aufgebaut hat. In einem Deutschland, wie es jetzt dasteht, müssen

alle Sozialisierungspläne im Aktenschrank des Wirtschaftsministeriums begraben bleiben. Groß zügige Unternehmer, die frei kalkulieren können, sind jetzt unentbehrlicher als jemals zuvor. Jetzt, nachdem die sozialdemokratische Regierung in Ver bindung mit dem Zentrum das Ultimatum unter schrieben hat, müssen Verhandlungen zwischen Ge werkschaften und Industrie stattfinden, um das Problem des Arbeitstages (d. h. Verlängerung der Arbeitszeit! Red.) in Hinsicht auf die Tilgung der Schulden, die wir auf uns genommen haben, zur Lösung zu bringen. Der große Einfluß der jungen Kräfte der in den Betrieben muß vermindert werden. Die alten Arbeiter dürfen nicht mehr an die Wand gedrückt werden.

Wehe der Arbeiterschaft, wenn sie, die Zeichen der Zeit verkennend, nicht energisch ihre Organisationen schützt und stärkt! —

**Ausschuwahlen zur Buchbinder-Krankenkasse in Berlin.**

Die Beteiligung an den Wahlen des Ausschusses der Ortskrankenkasse der Buchbinder in Berlin war eine sehr mäßige. Im Kassentokal wurden 579 Stimmen abgegeben. Daron für Liste I 260, für Liste II 319. Im Lokal von Ratmann haben 603 Mitglieder gewählt, und zwar erhielt davon Liste I 326, Liste II 277 Stimmen. Insgesamt sind somit für Liste I 586, für Liste II 596 Stimmen abgegeben worden. Es entfallen mithin auf jede Liste je 30 Aus schußmitglieder sowie deren Vertreter.

**Sterbetafel.**

Im Mai sind uns folgende Mitglieder als gestorben gemeldet worden:

- Berlin. Sally Knuth, Galanteriearbeiter, 19 Jahre, Operation.
- Oskar Bernsdorf, Etnistischer, 65 Jahre, Unglücksfall.
- Alfred Böcke, Buchbinderlehrling, 18 Jahre, Lungenleiden.
- Maria Eggers, Buchbinderarbeiten, 19 Jahre, Lungenleiden.
- Gustav Rothe, Buchbinder, 88 Jahre, Lungenleiden.
- Karl Dammrich, Buchbinder, 46 J., Bauchschmerzleiden.
- Ghemmich, Richard Bent, Buchbinder, 87 J., Lungenleiden.
- Dresden. Lina Lang, Kartonnagenarbeit, 18 Jahre, Lungenleiden.
- Frankfurt-Ofenbach. Lina Krug, Trägerin, 18 Jahre, Herzschwäche.
- Hannover. Albert Linsen, Buchbinder, 62 Jahre, Lungenleiden.
- Fritz Gräfe, Buchbinder, 40 Jahre, Lungenleiden.
- Marie Kuper, Buchbinderarbeiten, 36 Jahre, Vasculöse Krankheit.
- Emmy Rinne, Buchbinderarbeiten, 19 Jahre, Lungenleiden.
- Auguste Schieper, Buchbinderarbeiten, 55 Jahre, Lungenleiden.
- Heilbronn. Ernst Schiele, Buchbinder, 64 Jahre, Herzschlag.
- Friedrich Koch, Buchbinder, 29 Jahre, Operation.
- Paula Weißert, Buchbinderarbeit, Lungenleiden.
- Lahr. Otto Weidinger, Etnismacher, 28 Jahre, Lungenentzündung.
- Theodor Rehm, Kartonnagenarbeit, 78 Jahre, Altersschwäche.
- Stuttgart. Reinhold Nischel, Buchbinder, 78 Jahre, Altersschwäche.
- Paul Hiller, Buchbinder, 48 Jahre, Gehirnschlag.
- Matthias Keller, Buchbinder, 70 Jahre, Arterienverhärtung.
- Pauline Vogel, Buchbinderarbeit, 62 Jahre, Lungenleiden.
- Bierßen. Paul Baillant, Buchbinder, 64 Jahre, Lungenleiden.
- Burgen. Anna Keller, Kartonnagenarbeiterin, 82 Jahre, Fehlgeburt.

Allen ein ehrendes Andenken.

**Abrechnungen**

vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 30. Mai bei der Verbandskasse ein von: Brandenburg — Mt., Tiffit 1100.— Mt., Torgau —, Mt., Gotha 4000 Mt., Halle 10 000.— Mt., Jena 775.— Mt., Rubia —, Mt., Dortmund 2000.— Mt., Dören 4200.— Mt., Düsseldorf 10 000.— Mt., Essen 7000.— Mt., Zwickau 5000.— Mt., Würzburg 2854,40 Mt.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von Freiberg i. Sa., Gera, Glauchau, Heidelberg, Sierlohn, Mülheim, Nordhausen, Pirmasens, Saarlouis und Straubing. Fr. Bender.

**ANZEIGEN**

**Etnistischer für Besteckfabrikanten und Etnis Etnisarbeiterin** für Besteckfabrikanten, gute Fallegenlerin  
**Hermann Rodmann** Etnisfabrik  
Hannover, Auf der Insel 3.

**Grüne u. blaue Berufsämmer**, welche Buchbinder gewerbe viel getragen werden. Liefern in erstklassiger Qualität und Farbe zu Vorzugspreisen à Mt. 28.— d. Stk. an Mitglied. d. Bg.  
**A. C. Volz** Berufsämmerfabrik Etnisgürtel  
Mollstr. 77, Tel. 2855  
Bestell. durch d. Buchhändler erb. Eingelieferterand erg. Nachnahme.

Anzeigen finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingeliefert ist.

Größere Mengen

**Steifgaze**

in Stücken, Rollen, Bindenform, für Verbandzwecke vorzüglich geeignet, preiswert abzugeben.

**Lüfcher & Bömper, Fahr (Rheinld.)**

Wir suchen für unsere Billal-Etnisfabrik einen zuverlässigen

**Betriebsleiter.**

Angebote mit Zeugnissen und Lebenslauf unter „S. 2. 5“ an die Expedition dieser Zeitung erbeten.



**Wiril Klebstoffe**

**sind Allen voran**

Klebstoffe für jeden Zweck: Kalleime - Broleime - Kleister - Knochen- und Lederleime.  
**Chem. Techn. Werke Wilybald Richier**  
Quersir. 4-6 Leipzig Quersir. 4-8  
Tel. 3049, 11248.  
Zur Messe: Zeltsthaus, I. Obergesch. St. 74/76.

**Die neuen Reichstarife**

für die **Etnis- und Kartonnagen-Industrie** und für die **Wellpappen-Industrie**

sind im Druck erschienen und durch alle Gau- und Ortsverwaltungen zu beziehen.

Es kostet der Reichstarif für die Etnis- und Kartonnagenindustrie 75 Pf. und der Reichstarif für die Wellpappenindustrie 50 Pf.

Da es sich um ganz neue Tarifabschlüsse handelt, liegt es im eigenen Interesse aller in den betreffenden Branchen beschäftigten Kollegen und Kolleginnen, sich die Tarife zu beschaffen.